

N i e d e r s c h r i f t

Über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Montag, 24.02.2025,
Beginn: 18:30 Uhr, Ende: 20:30 Uhr, Rathaus Brühl, Großer Sitzungssaal

Zur Beurkundung der Niederschriften

Das Gremium:

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Vorsitzender

Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Göck

FDP

Herr Dennis König

AfD

Herr Tino Dobrotka

Herr Ralf Geyer

CDU

Herr Hans Faulhaber

Frau Anne Fonje

Herr Wolfram Gothe

Herr Gerhard Zirnstein

SPD

Herr Hans Hufnagel

Frau Lena Krug

Frau Gabriele Rösch

Herr Hans Zelt

FW

Herr Jens Gredel

Herr Jürgen Pietsch

Frau Heidi Sennwitz

Frau Claudia Stauffer

GLB

Herr Peter Frank

Frau Ulrike Grüning

Verwaltung

Herr Matthias Buss

Herr Reiner Haas

Herr Andreas Willemsen

Schriftführer

Herr Jochen Ungerer

Abwesend

AfD

Herr Ralf Jochen Meyer

CDU

Herr Bernd Kieser

Herr Nico Reffert

SPD

Herr Hendrik Sessler

FW

Herr Klaus Pietsch

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom [11.02.2025](#) ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am [21.02.2025](#) ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens [12](#) Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

Bürgermeister Dr. Göck begrüßte alle Anwesenden und die Beschlussfähigkeit fest und leitete in die Tagesordnung über.

TOP: 1 öffentlich

Bekanntgabe der Beschlüsse der letzten nichtöffentlichen Sitzung

Es wurden keine in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse bekanntgegeben.

TOP: 2 öffentlich

Aktueller Stand der Kommunalen Wärmeplanung

2025-0006

Die Ausschreibung zur Kommunalen Wärmeplanung im Verhandlungsvergabeverfahren nach Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) erfolgte am 14.10.2024 nach positiver Förderzusage des Projektträgers Karlsruhe. Die Submission fand am 18.11.2024 statt. Es sind drei Angebote eingegangen. Das beste Angebot hat die MVV Regioplan GmbH vorgelegt. Die Kosten sind zu 80 % förderfähig.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt hat in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 09.12.2024 beschlossen, den Auftrag zur Kommunalen Wärmeplanung an die MVV Regioplan GmbH zu vergeben. Die Vergabe erfolgte daraufhin am 12.12.2024.

Die Projektlaufzeit beträgt zunächst 12 Monate. Das heißt, die KWP soll bis Ende 2025 abgeschlossen werden. Mögliche Verzögerungen im Projektablauf können die Laufzeit geringfügig verlängern. Das Kick-Off Treffen zwischen Gemeindeverwaltung und MVV Regioplan GmbH zum Start des Projekts findet bzw. fand am 14.01.2025 statt.

Die Mitarbeitenden der MVV Regioplan GmbH stellen den weiteren Projektablauf vor und stehen im Nachgang für Fragen zur Verfügung.

Diskussionsbeitrag:

Dr. Alexander Kuhn und Vera Sehn stellten dem Gemeinderat und den anwesenden Bürgern mit einer Präsentation die kommunale Wärmeplanung für die Gemeinde Brühl vor.

Im Anschluss gab Gemeinderat Zirnstern eine kurze Stellungnahme seiner Fraktion ab und begrüßte das Vorgehen beim kommunalen Wärmeplan.

Die anderen Fraktionen stellten Fragen an Herrn Dr. Kuhn und Frau Sehn.

Gemeinderat Hufnagel wollte wissen, wer zum Lenkungskreis gehört.

Der Lenkungskreis besteht aus Mitarbeitenden der MVV Regioplan, der Gemeindeverwaltung und den Netzbetreibern (MVV, Netze BW, SWB, ZVS).

Weiterhin wollte Gemeinderat Hufnagel wissen, ob auch die Wärmedämmung der Gebäude betrachtet werde.

Es werde, so Frau Sehn, keine Einzelbetrachtung der Häuser sein, sondern nur Leistung der Einzelheizanlagen laut Schornsteinfegerprotokoll. Bei Strom und Fernwärme gebe es genauere Daten.

Gemeinderätin Sennwitz bat darum, dass der Gemeinderat einen Plan über die Gebäude der kommunalen Wärmeplanung bekommt. Frau Sehn erklärte, dass es eine Karte mit Eignungsgebieten für vorwiegend zentrale oder dezentrale Wärmeversorgung geben, auf der aber nicht die einzelnen Gebäude verzeichnet sind – sondern ein farbiges Spektrum abgebildet ist. Die Daten, so Herr Dr. Kuhn, stellen die Schornsteinfeger zur Verfügung.

Gemeinderat Dobrotka hatte drei Fragen:

1. Werden in der Kommunalen Wärmeplanung Fragen zu Heizkosten von verschiedenen Anlagentypen verglichen?
2. Ist ein Heizungszwang zu erwarten?
3. Müssen die Hausbesitzer alles selbst finanzieren?

Hier übernahm Herr Dr. Kuhn das Wort.

Zu 1.) sagte er, dass bei einer Bürgerinformationsveranstaltung die MVV Regioplan aufbereitete Daten und Prognosen für die Heizkostenentwicklung verschiedener Energieträger mitbringen kann. Zu 2.) gab es eine kurze Antwort: Niemand wird gezwungen und bei 3.) gab er zur Antwort, dass jeder Hausbesitzer in der Pflicht sei, seine Heizungsanlage zu warten und zu erneuern.

Gemeinderat Frank fragte, was der Eigentümer tun kann. Hier antwortete Frau Sehn, dass der Bürger durch die Kommunale Wärmeplanung angeregt werden soll, sich zu informieren. Die Kommunale Wärmeplanung kann eine Handlungshilfe geben, wenn es darum geht, ob in einem Gebiet eher eine zentrale oder dezentrale Wärmeversorgung angestrebt wird.

Herr Dr. Göck wollte wissen, ob es möglich ist, herauszubekommen, ob man sich im Fernwärmegebiet oder im Dezentralengebiet befindet und ob man frei wählen kann. Auch dies wurde ihm von Frau Sehn bestätigt.

Bürgermeister Dr. Göck betonte, dass die Gemeinde sehr viel für ihre Bürger mache, z.B. eine Veranstaltung am 31.03. mit dem Thema „CLIBA ? gut saniert?!“ im Ratssaal. Es muss aber klar sein, dass es keine Vollkasko-Mentalität gebe. Auch Herr Dr. Göck machte darauf aufmerksam, dass jeder entscheiden kann, was er machen möchte. Es gibt keinen Zwang.

Bürger Gaisbauer fragte nach der Bestandsaufnahme.

Hier gab es zur Antwort, dass die Daten von den Schornsteinfegern kommen, die die Heizungsart, den Verbrauch, das Alter der Heizung und die Emission kennen.

Der Gemeinderat nahm die Ausführung einstimmig zur Kenntnis.

Die Präsentation der MVV ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP: 3 öffentlich
Hitzeaktionsplan für die Gemeinde Brühl
2025-0011

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Hitzeaktionsplan zu und stimmt dem Vorschlag des Ausschusses für Technik und Umwelt zu, die Mitglieder der lokalen Agenda 21 als Vertreter in den Aktionsplan mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Der Hitzeaktionsplan der Gemeinde Brühl soll Krankheiten durch UV-Strahlen und Hitzeschäden für Menschen vorbeugen. Bei Hitzewarnungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) ist mit einer starken Wärmebelastung für mindestens zwei Tage in Folge zu rechnen. Die nächtliche Auskühlung der Wohnräume kann somit nicht mehr gewährleistet werden. Das Ordnungsamt der Gemeinde Brühl koordiniert die Zusammenarbeit mit weiteren Behörden und Einrichtungen unterschiedlicher Zuständigkeiten und in der internen Stabsgruppe.

Die Stabsgruppe entscheidet, welche Maßnahmen nach und nach umgesetzt werden. Das Ordnungsamt versorgt alle Akteurinnen und Akteure mit aktuellen Informationen. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann sein eigenes Verhalten anpassen. Dazu gehört zum Beispiel, sich in beschatteten Räumen aufzuhalten und ausreichend zu trinken. Der Hitzeaktionsplan dient dazu, das Bewusstsein der Menschen auf Hitze und Wärme zu sensibilisieren und selbst Vorkehrungen zu treffen. Dies ist insbesondere für ältere Menschen, aber auch an Schulen und Kitas sehr wichtig.

Präventive Maßnahmen beziehen die Veränderungen des Lebens- und Arbeitsumfeldes mit ein. Im Hitzeaktionsplan sind Vertreterinnen und Vertreter der Ämter benannt, die bei einer Hitzewarnung des Deutschen Wetterdienstes diese Warnung an spezielle Zielgruppen weitergeben oder konkrete Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz starten. Alle Akteurinnen und Akteure haben den HitzeneWSletter des Deutschen Wetterdienstes abonniert und sind so immer auf dem neuesten Stand die Hitze betreffend.

Unterschieden werden drei Maßnahmenarten: Vorbereitende, Ad-Hoc-Maßnahmen und langfristige: diese sind meist bauliche Veränderungen.

Vorbereitende Maßnahmen stimmen auf die Hitzeperiode ein: die Wetterwarnungen des Deutschen Wetterdienstes werden immer direkt auf die Startseite der Homepage der Gemeinde Brühl gestellt. Darauf wird in den sozialen Netzwerken ebenfalls hingewiesen. Vor jeder Hitzeperiode geht eine Mail mit Handlungsempfehlungen an die Gastronomiebetriebe der Gemeinde.

Zu den Ad-Hoc Maßnahmen gehört, die Seniorentreffs bei großer Hitze zu schließen, die Bevölkerung zu sensibilisieren, sich im Schatten aufzuhalten und genug zu trinken. Langfristige Maßnahmen sind zum Beispiel bauliche Maßnahmen zur Verschattung, Trinkbrunnen und kühle Räume zur Verfügung zu stellen.

Eine Broschüre zum Thema Hitze soll erarbeitet werden. Weiterhin sollen weitere Akteure wie die Vertreter der „Lokalen Agenda 2021“ zur Mitarbeit gewonnen werden. Durch den Hitzeaktionsplan verpflichten sich die Akteurinnen und Akteure ab Hitzewarnstufe I des Deutschen Wetterdienstes diese Nachricht innerhalb der Gemeinde Brühl durch eine festgelegte Kommunikationskaskade zu verbreiten und Maßnahmen zu ergreifen.

Diskussionsbeitrag:

Der Hitzeaktionsplan wurde dem Gemeinderat durch Haupt- und Ordnungsamtsleiter Ungerer kurz vorgestellt. Dabei sei es wichtig, dass die Bevölkerung rechtzeitig über Hitzeperioden informiert werden muss.

Dafür wird eine Stabsgruppe mit Teilen der Verwaltung und der lokalen Agenda 21 gebildet, um Maßnahmen in die Wege zu leiten. Es werden 3 Arten unterschieden. Vorbereitende, Ad Hoc und langfristige.

Herr Ungerer machte auf die Informationspolitik aufmerksam. Man müsse für die jüngsten und die ältesten Mitglieder in unserer Gesellschaft Ratschläge vorhalten, um sie zu schützen und bei der Hitze zu unterstützen. Hierzu soll sich der Stab im Frühjahr und im Herbst treffen um vor- und nachzubesprechen.

Gemeinderat Gothe betonte, dass Hitzetage nichts Neues seien und sich jeder schon immer selbst geholfen habe. Er forderte, dass es zwar Angebote geben soll, die aber freiwillig seien. Nichts sollte erzwungen oder vorgeschrieben werden.

Gemeinderat Hufnagel erklärte seine Zustimmung und bat um ein jährliches update des Hitzeaktionsplanes.

Gemeinderätin Stauffer habe sich sehr lange damit befasst und es fehlen ihr Punkte, die die Regierung schon lange ausgearbeitet hätte. Sie fragte, warum der Hitzeaktionsplan erst jetzt vorliegt und nicht schon viel früher und ging dann auf die Grünen – für sie Graue – Mitte ein und bemängelte das Baugebiet und die dortige Planung.

Es entbrannte zwischen ihr und Bürgermeister Dr. Göck eine rege Diskussion bezüglich der „Grünen Mitte“.

Gemeinderat Dobrotka (AfD) bat darum, darauf zu achten, die Kosten im Auge zu behalten.

Gemeinderätin Grüning erklärte ihre Zustimmung, schlug aber vor, auch fachkundige Bürger und die Klima AG's mit einzubinden, was aber von den anderen Räten nicht weiter berücksichtigt wurde.

Sie forderte die Bodenversiegelung zu stoppen und die Schottergärten zu entsiegeln.

Dr. Göck antwortete, dass die Gemeinde schon all die Jahre viel für die Hitzeplanung getan habe.

So verwies er darauf, dass es viele Baumpflanzungen gab, dass Parkplätze (Freibad/Hallenbad/Friedhofsparkplatz) entsiegelt wurden, Bäume und Hecken gepflanzt wurden und die Bauleitplanung umgesetzt wurde. Er betonte, dass die Gemeinde Brühl beim Hitzeschutz nichts versäumt habe und jetzt den Hitzeaktionsplan erstellt habe. Man kann immer mehr machen, aber dafür benötigt man Zeit und vor allem freies Personal.

TOP: 4 öffentlich

380 kV Netzverstärkung zwischen Weinheim und Karlsruhe; Anhörungsverfahren zur Planfeststellung Höchstspannungsleitung Urberach-Daxlanden / Abschnitt Süd 2 Rheinau bis Philippsburg

2025-0010

Beschluss:

Die Verlegung der Hochspannungsleitung im Bereich der Gemeinde Brühl im Zusammenhang mit der 380 kV-Netzverstärkung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Die Vorhabensträger Amprion GmbH und Transnet BW GmbH planen zum Ausbau des Strom-Übertragungsnetzes zwischen Urberach und Daxlanden (380 kV Netzverstärkung) die Errichtung einer Stromleitung. Die für den Abschnitt Weinheim – Karlsruhe zuständige Transnet BW hat am 20.12.2024 den Plan für die Planfeststellung und weitere erläuternde Unterlagen bei der Bundesnetzagentur eingereicht.

Im jetzt stattfindenden Anhörungsverfahren können sich die Träger öffentlicher Belange und ebenso jede Person oder Vereinigung, deren Belange von der Planung berührt werden, bis zum 12.03.2025 zur Planung äußern.

Die Offenlage erfolgt ausschließlich in elektronischer Form. Dazu werden die Unterlagen auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter www.netzausbau.de/vorhaben19-s2 in der Zeit vom 13.01.2025 bis zum 12.02.2025 veröffentlicht.

Den Antragsunterlagen (siehe Anlage) ist zu entnehmen, dass die neue 380 kV-Trasse im Bereich der Gemeinde Brühl, wie von uns angeregt, zwischen Autobahn und L 599 gelegt wird. Die bestehende 220 kV- Leitung, die im Bereich des Bebauungsplangebiets Bäumelweg die Gemarkung Brühl berührt, wird zurückgebaut, sobald die neue 380 kV-Trasse in Betrieb ist.

Insofern ist eine Stellungnahme der Gemeinde Brühl nicht notwendig.

Diskussionsbeitrag:

Bürgermeister Dr. Göck stellte die Beschlussvorlage vor.

Gemeinderat Faulhaber (CDU) und Gemeinderätin Rösch (SPD) erklärten ihre Zustimmung. Gemeinderat Gredel (FW) führte aus, dass erreicht wurde, dass die Stromleitung weg von der Bebauung verlegt werde und somit die Baugebiete Bäumelweg geschützt sind.

Gemeinderat Dobrotka (AfD) gab seine Zustimmung.

Gemeinderat Frank (GL) schloss sich den Worten von Gemeinderat Gredel an und begrüßte die Verlegung weg von der Bebauung.

TOP: 5 öffentlich
Informationen durch den Bürgermeister

- Keine -

TOP: 6 öffentlich
Fragen und Anregungen der Mitglieder des Gemeinderats

TOP: 6.1 öffentlich
Gemeinderat Gothe

Er wollte wissen, wie lange die Wiesenstraße noch Baustelle sei.

Antwort Haupt- und Ordnungsamtsleiter Jochen Ungerer:

Dieses Ärgernis sei bekannt und man hat die Firma Achatz und MVV aufgefordert, fertig zu werden.

TOP: 6.2 öffentlich
Gemeinderat Hufnagel

Er fragte nach dem Stand beim Mobilfunkmast. Das Netz in Rohrhof sei eine Katastrophe und man könne nicht einmal mobil bezahlen.

Antwort des Kämmerers Andreas Willemsen:

Er erklärte, dass die Baugenehmigung vorhanden sei. Er werde nochmals Kontakt mit der Firma aufnehmen.

TOP: 6.3 öffentlich
Gemeinderätin Sennwitz und Gemeinderat Faulhaber

Gemeinderätin Sennwitz regte an, die beiden Bushaltestellen in der Schwetzinger Straße am Platz der Partnerschaft zusammenzulegen, da die Baustelle in der Karpfengasse/Schwetzinger Straße die dortige Bushaltestelle und die Personen dort gefährden würde.

Gemeinderat Faulhaber forderte aber auch gleich, dass die neue Haltestelle dann behindertengerecht sein muss.

Antwort des Bürgermeisters:

Dr. Göck versprach eine Kontaktaufnahme zum Verkehrsverbund, hatte aber auch die Kosten im Blick.

TOP: 7 öffentlich
Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

TOP: 7.1 öffentlich
Herr Triebskorn

Er wollte wissen, ob es schon eine Antwort zu seiner Anfrage aus der Januar-Sitzung bezüglich der Kosten des Parkplatz TV Brühl gebe.

Weiterhin sprach auch er das Verbot der Schottergärten an und forderte die Verwaltung auf, aktiv zu werden. Als letztes sprach Herr Triebskorn den Parkplatz Mannheimer Straße/Hildastraße an und dass nicht genügend Parkplätze vorhanden seien.

Antwort Ortsbaumeister Reiner Haas:

Er antwortete auf alle drei Punkte:

- TV Parkplatz: die Zahlen sind nun alle gesammelt und werden für die nächste Sitzung aufbereitet.
- Für Gärten vor 2021 gibt es einen Bestandsschutz für Schottergärten. Die Zuständigkeit liegt beim Baurechtsamt. Somit sind der Gemeinde erst einmal die Hände gebunden. Es werde aber bei Neuanlagen auf das Vermeiden von Schottergärten geachtet.
- Zum Parkplatz Hildastr/Mannheimer Str. liegt die Arbeit beim Baurechtsamt, da erst die ganzen Umbauten und Lasten geprüft werden müssen, bevor es eine Entscheidung bezüglich der Vorhaltung von Parkplätzen gibt.

TOP: 7.2 öffentlich
Frau Gleisner

Sie wollte wissen, wer für das Beet am Parkplatz Hildastraße/Mannheimer Straße verantwortlich sei.

Antwort des Bürgermeisters:

Dies gehöre dem Eigentümer und die Gemeinde ist hierfür nicht zuständig.